

18. Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2020, Beschlussvorlage: 051/2021
19. Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2020, Beschlussvorlage: 052/2021
20. Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung (AGS), Beschlussvorlage: 053/2021
21. Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung (BGS), Beschlussvorlage: 054/2021
22. Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Benutzung der Fahrbibliothek, Beschlussvorlage: 056/2021
23. Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2022, Beschlussvorlage: 062/2021
24. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung Kapitaleinlage in der Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH, Beschlussvorlage: 063/2021
25. Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII – Änderung, Beschlussvorlage: 045/2021
26. Beratung und Beschlussfassung: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zahlung eines Schulkostenbeitrages für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft, Beschlussvorlage: 050/2021
27. Beratung und Beschlussfassung: Gemeinsamer Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Oder-Spree und in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) - Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) um weitere 10 Jahre, Beschlussvorlage: 058/2021
28. Beratung und Beschlussfassung: Zwischenbericht zum Sachstand Ansiedlung Tesla, Beschlussvorlage: 057/2021
29. Beratung und Beschlussfassung: Kauf eines Grundstücks in Eisenhüttenstadt für die Erweiterung der Seniorenheime des LOS gGmbH mit der Maßgabe, das Grundstück zur Erbbaupacht an die gGmbH weiterzugeben und einen entsprechenden Erbbaurechtsvertrag abzuschließen, Beschlussvorlage: 066/2021
30. Beratung und Beschlussfassung: Benennung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, Beschlussvorlage: 060/2021
31. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2021, Beschlussvorlage: 059/2021
32. Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2018, Beschlussvorlage: 067/2021

33. Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2018, Beschlussvorlage: 068/2021
Beratung und Beschlussfassung: 1. Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV
34. (Beschluss Kreistag vom 02.12.2015, Vorlage 048/2015), Beschlussvorlage: 069/2021
35. Beratung und Beschlussfassung: Mitgliedschaft des Landkreises Oder-Spree im "Freundeskreis der Günter-de-Bruyn-Stiftung e.V.", Beschlussvorlage: 055/2021
36. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Errichtung von 60 Wohnungen für Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin, Beschlussvorlage: 033/2021
37. Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung der Eilentscheidung zur überplanmäßigen Bereitstellung von 380.000,00 € zur weiteren Finanzierung des deutsch-polnischen Projekts „Entwicklung wichtiger Straßenverbindungen im grenzüberschreitenden Straßennetz auf dem Gebiet des Landkreises und des Krosnoer Landkreises für die Straßenbaumaßnahme K 6747, Abschnitt 040, OD Alt Stahnsdorf, Beschlussvorlage: 065/2021
38. Beratung und Beschlussfassung: Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen Fachberatungsdienstes zur Migrationssozialarbeit gemäß Landesaufnahmegesetz Brandenburg, Beschlussvorlage: 046/2021
39. Beratung und Beschlussfassung: Satzung über die Erhebung von Nutzungsgebühren für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree, Beschlussvorlage: 044/2021
40. Beratung und Beschlussfassung: Beschluss zur Fortsetzung des gemeinsamen Breitbandausbaus mit den Kommunen im Landkreis Oder-Spree, Beschlussvorlage: 064/2021
41. Beratung und Beschlussfassung: Ergänzungen der Geschäftsordnung des Kreistags, Antrag: 23/BVB/Freie Wähler/2021
42. Beratung und Beschlussfassung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree, Beschlussvorlage: 049/2021
43. Veränderungen in den Ausschüssen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29. September 2021 - nichtöffentlicher Teil
2. Information zu einer Personalsache

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden zur 14. Kreistagssitzung – in Form einer Videositzung – und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass Wortmeldungen im Chat mit der Bezeichnung: WM anzuzeigen sind und auf weitere Kommentare im Chat verzichtet werden sollte.

Herr Dr. Berger informiert, dass die Fraktion DIE LINKE.PIRATEN durch den Austritt des Herrn Dr. F. Mühlberg ab sofort als Fraktion DIE LINKE bezeichnet wird.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Beratung und Beschlussfassung: Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen gem. § 50a BbgKVerf, Vorlage: 072/2021

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Mehrheit von zwei Dritteln (38 Stimmen) erforderlich ist, um die Sitzung in dieser Form durchzuführen. Anderenfalls müsste diese Kreistagssitzung beendet und in Präsenz am 20.12.2021 im Schützenhaus durchgeführt werden. Dort wäre aus technischen Gründen eine Hybridsitzung nicht möglich.

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oder-Spree stellt eine außergewöhnliche Notlage nach § 50a BbgKVerf mit einer Befristung bis einschließlich 15. April 2022 fest.

Mehrheitlich zugestimmt
Ja 45 Nein 2 Enthaltung 2

Zu TOP 3 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Zeschmann beantragt die Zusammenlegung der TOP 41 und 42 und, diese im vorderen Teil – nach TOP 8 - zu behandeln.

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 11 und 12 sich gegenseitig ausschließen und zusammengefasst werden sollten.

Um Abstimmung über den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann wird gebeten.

Abstimmungsergebnis: Ja: 18, Nein: 26, Enthaltung: 5

mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende um Abstimmung über die Tagesordnung.

Mehrheitlich zugestimmt
Ja 44 Nein 4 Enthaltung 1

**Zu TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29. September 2021
- öffentlicher Teil**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Ja 42 Nein 1 Enthaltung 7

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner zur Fragestunde vor Ort.

Zu TOP 6 Geschäftsbericht des Landrates

Wegen der Länge der Tagesordnung wird darum gebeten, den Geschäftsbericht, der als Anlage beigefügt ist, in dieser Form zur Kenntnis zu nehmen.

Zu TOP 7 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat

Die eingegangenen Fragen wurden schriftlich beantwortet, sind als Anlagen beigefügt bzw. im Geschäftsbericht des Landrates eingearbeitet.

Der Landrat informiert, dass eine Anfrage von Herrn Dr. Mühlberg zu statistischen Daten im Zusammenhang mit dem Corona-Geschehen eingegangen sei, die jedoch abschlägig beschieden werden müsse, da diese Daten nicht erfasst werden würden (s. Anlage).

Zu TOP 8 Einbringung Planentwurf für das Haushaltsjahr 2022

Herr Buhrke weist darauf hin, dass der Planentwurf auf den Seiten des Landkreises Oder-Spree veröffentlicht sei und auf Wunsch in gedruckter Form versandt werden könne. Er gibt einen kurzen Überblick, auch dass durch das Pandemie-Geschehen viele Zahlen erst spät vorgelegen hätten.

Zu TOP 9 Gründung eines Mobilitätsbeirates, Vorlage: 12/B90/Grüne/2021

Frau Hilschenz erläutert den erneut eingebrachten Antrag, nachdem inzwischen an dem Mobilitätskonzept gearbeitet und weswegen die Angelegenheit zurückgestellt worden sei. Sie führt aus, dass der Mobilitätsbeirat als Bindeglied zwischen der Verwaltung und Betroffenen fungieren sollte und über das Mobilitätskonzept hinaus eine Stimme im Landkreis sein könnte.

Herr Dr. Zeschmann geht auf die Worte ein und nimmt auf die Arbeit der Fachausschüsse und der AG Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung Bezug, die sich mit dem Thema umfassend auseinandersetzen würden. Er betrachte den Aufgabenbereich etwas kritisch, denn es gäbe bereits eine Vielzahl an Beiräten und Ausschüssen. Das nunmehr vergebene Mobilitätskonzept sei mit einer intensiven Beteiligung erarbeitet worden und beinhalte bereits die im Antrag erwähnten Schwerpunkte.

Frau Teltewskaja nimmt Bezug auf die vorangegangene Diskussion; es sei vorgeschlagen worden, im Zuge der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes die Stakeholder zu finden, aus denen der Beirat gegründet werden sollte. Sie avisiert die Vorstellung des Mobilitätskonzeptes für Juli 2022. Die Vorbereitungen liefen intensiv und man sei dabei, die entsprechenden Interessierten zu finden. Dieser Prozess müsse abgewartet werden.

Herr Dr. Pech schließt sich an und bittet, den breiten Beteiligungsprozess, der für die Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes in Gang gebracht worden sei, fortzusetzen und die Zusammensetzung des Beirates bis zur konkreten Vorstellung abzuwarten. Die Gründung würde sich mit dem jetzigen Werdegang überkreuzen und wäre nicht förderlich.

Frau Hilschenz weist auf den Beschlusstext hin, der eine gewisse Gestaltungsfreiheit biete und einer Beschlussfassung nichts im Wege stehe. Man könne unabhängig davon den Prozess der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes und der Suche nach Stakeholdern abwarten. Sie sehe es nachteilig, den Beschluss erneut zurückzustellen.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Mobilitätsbeirat für den Landkreis Oder-Spree zu gründen. Zunächst soll dem Kreistag ein Vorschlag zur Besetzung sowie zur Ausgestaltung der Arbeit des Beirates unterbreitet werden.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 16 Nein 25 Enthaltung 8

Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung: Neubenennung einer Person für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion AfD Oder-Spree, Vorlage: 18/AfD/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag benennt Herrn Siegfried Aulich als sachkundigen Bürger für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 20 Nein 16 Enthaltung 12

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Fahrradweg von Diehlo bis Möbiskrüge straßenbegleitend zur L 43, Vorlage: 20/AfD/2021

Herr Fachtan erläutert den Antrag, betont, dass er hier eine Schnittstelle zwischen der Arbeit der Landes- und Kreisverwaltung sehe. Es sei offensichtlich, dass die Landesstraßen sich in einem schlechten Zustand befinden und das Land trotzdem nicht tätig wird. Die Betroffenen bräuchten daher die Unterstützung des Landkreises. Er erkenne die ersten Bemühungen, der Antrag sollte diesen Nachdruck verleihen, gegenüber der Landesregierung tätig zu werden.

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass der Antrag nicht rechtskonform mit der Situation sei, mit der der Landkreis umgehen müsse. Der Landkreis könne nicht eigenmächtig Maßnahmen an Landesstraßen einleiten und vorab Mittel dafür aufwenden.

Deshalb habe seine Fraktion einen Antrag eingereicht, der mit der bestehenden Rechtslage übereinstimme und mit dem der Kreistag seine Absicht bekunden könne. Man könne sich nicht über das Landesrecht hinwegsetzen.

Herr Dr. Zeschmann sieht die beiden Anträge als nicht zielführend, da alle bisherigen Verhandlungen mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen erfolglos geblieben seien und die Landesstraßen in die Zuständigkeit des Landtages fallen würden. Dort habe er das Thema bereits aufgegriffen.

Herr Papendieck bezieht sich auf die Informationen über bereits geführte Gespräche und bestehendes Handeln. Daher sehe er keinen Bedarf zur Beschlussfassung.

Herr Fachtan betont noch einmal, dass ein deutliches Zeichen gesetzt werden müsse und fordert zum Handeln auf. Weiterhin führt er aus, dass eine Kostenschätzung die Grundlage darstelle, dem Land gegenüber zu treten. Parallel befürworte er das Tätigwerden gegenüber dem Landtag.

Herr Dr. Mernitz befürworte das Tätigwerden, es dürfe nicht länger abgewartet werden.

Herr Gehm informiert, dass im Bauausschuss über die Kosten gesprochen worden sei. Bei der Erwägung müsse berücksichtigt werden, dass der Radweg aus Verkehrssicherheitsgründen erforderlich sei und in Zusammenarbeit mit der Stadt Eisenhüttenstadt und dem Amt Neuzelle nach einer Lösung gesucht werden müsse. Das Land habe bisher nicht reagiert und diese Angelegenheit auch nicht in den Bedarfsplan aufgenommen. Es werde nach Lösungen auf kommunaler Ebene gesucht. Jedoch warne er davor, das Land aus der Verantwortung zu nehmen.

Herr Dr. Pech ergreift noch einmal das Wort und erklärt, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE (unter TOP 12) eingereicht worden sei, weil der Antrag der Fraktion AfD in den Ausschüssen Ablehnung erfahren habe, da dieser nicht rechtskonform sei. Jedoch müsse das Problem aufgegriffen und als Bekenntnis des Kreistages an die Landesregierung gerichtet werden.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Herr Fachtan Punkt 1 des Antrages zurück, jedoch blieben die Punkte 2 und 3.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

- 1) gestrichen
- 2) Der Landrat wird beauftragt, diese Baumaßnahmen mit dem Land Brandenburg abzustimmen und die Übernahme von Kosten durch das Land zu klären.
- 3) Der Landrat wird beauftragt, für den Bau dieses Fahrradweges die erreichbaren Fördermittel zu beantragen.

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 30 Enthaltung 3

Zu TOP 12 Beratung und Beschlussfassung: Straßenbegleitender Radweg zur L 43 von Diehlo bis Möbiskrüge, Vorlage: 27/DIE LINKE.PIRATEN/21

Unter Bezug auf die Diskussion zum TOP 11 wird um Abstimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Baulastträger eine Vereinbarung über den Bau eines straßenbegleitenden Radweges an der L 43 zwischen Diehlo und Möbiskrüge anzustreben und dem Kreistag im Februar 2022 das Ergebnis dieser Bemühungen vorzulegen. Sofern eine Vereinbarung nicht zustande kommt, ist dem Kreistag eine rechtskonforme Lösung vorzuschlagen, mit der die bestehenden Probleme für den Fahrradverkehr im genannten Abschnitt behoben werden können. Ohne eine Lösung des Problems wird der Landkreis einer Abstufung dieses Straßenabschnitts nicht zustimmen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 26 Nein 15 Enthaltung 8

Zu TOP 13 Beratung und Beschlussfassung: Personalentwicklungskonzept Vorlage: 24/CDU/2021

Herr Luhn erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Dr. Zeschmann befürwortet den Antrag und bittet, das zu erarbeitende Personalentwicklungskonzept dem Kreistag vorzulegen und zu benennen, in welchem zeitlichen Rahmen dieses umgesetzt werden kann.

Herr Schroeder schließt sich dem Antrag zur Hauptsache an.

Herr Luhn weist darauf hin, dass wegen der schwierigen Gesamtsituation im Antrag das IV. Quartal 2022 als Zielstellung für die Erarbeitung benannt worden sei.

Der Landrat, Herr Lindemann, merkt an, dass er eine systematischere Personalplanung befürworte, jedoch sei die Personalsituation im Landkreis wegen des umfangreichen Einsatzes der Mitarbeiter im Gesundheitsamt und im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt aus allen Teilen der Verwaltung sehr schwierig. Entsprechend könne er keinen zeitlichen Rahmen für die Erarbeitung avisieren.

Herr Buhrke ergänzt, dass speziell die Mitarbeiter des Personalamtes im Gesundheitsamt im Einsatz seien, was sich auch noch weiterhin so gestalten, denn eine Entspannung der pandemischen Situation sei nicht erkennbar. Er gehe jedoch davon aus, dass es bereits erste Ansätze bzw. einen Entwurf eines Personalentwicklungskonzeptes gebe, welcher überarbeitet werden müsse. Insofern wäre die Zielstellung des IV. Quartals erreichbar.

Der Vorsitzende bittet im Anschluss um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten, welches einer modernen, digitalunterstützten und arbeitnehmerfreundlichen Verwaltung gerecht wird. Die Vorzüge einer Kreisverwaltung unter der Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten sind hierbei herauszuarbeiten.

Dies sollte bis zum 4. Quartal 2022 erfolgen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 35 Nein 11 Enthaltung 4

Zu TOP 14 Beratung und Beschlussfassung: Haltepunkt Bad Saarow, OT Petersdorf, Vorlage: 25/CDU/2021

Herr Luhn informiert, dass der Antrag aufgrund von Anfragen der Bürger des Ortsteils Petersdorf eingereicht worden sei.

Herr Dr. Zeschmann geht davon aus, dass hier die Zuständigkeit des Landkreises nicht gegeben sei.

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass das Land sich nicht hinter Strukturen verstecken und aus der Verantwortung nehmen dürfe. Es müsse das ausgeführt werden, was bestellt und vereinbart wird.

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, sich mit dem MIL ins Benehmen zu setzen, um im Raum Bad Saarow die Verkehrsverbindungen zu verbessern. Dazu sollten zwei Punkte bearbeitet werden:

1. Errichtung eines Haltepunktes der Bahn von Fürstenwalde nach Bad Saarow in Petersdorf,
2. Errichtung eines Park- und Ride- Parkplatzes an der Endhaltestelle der Bahnstrecke am Klinikum oder in Zukunft evtl. Diensdorf – Radlow.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 37 Nein 6 Enthaltung 5

Zu TOP 15 Beratung und Beschlussfassung: Schülerbeförderung in der Pandemie Vorlage: 26/DIE LINKE.PIRATEN/21

Herr Dr. Pech führt aus, dass sich das Infektionsgeschehen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht habe, eine Entlastung im Bereich der Schülerbeförderung jedoch nicht erfolgt sei. In den Schulen würden Hygienekonzepte verlangt werden und müssten die Kinder Masken tragen, aber in den überfüllten Bussen gebe es keine spürbare Vorsorge.

Auch Herr Umbreit spricht sich dafür aus, dass die Beförderung der Schüler entzerrt werden müsse. Er stelle jedoch in Frage, wie die Umsetzung erfolgen könne, da nicht bekannt sei, welche Strecken das betreffe. Er bittet um Auskunft über eventuelle Lösungsansätze.

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf die Diskussionen zu dem Thema aus dem Vorjahr; eine Aufstellung der Schwerpunkte hätte bereits vorgelegen. Bei der Schülerbeförderung bestehe grundsätzlich und kurzfristig Handlungsbedarf. Es bedarf einer Überlegung, wie das finanziell gehandhabt werden könne.

Herr Heisel dringt auf eine Kontinuität der Behandlung dieses Themas und stellt diesbezüglich in Frage, warum ein Mobilitätsbeirat andererseits abgelehnt worden sei.

Herr Wuttke befürwortet den Antrag, denkt aber, dass er aufgrund der fehlenden Busfahrer, Busse etc. nicht realisierbar sei. Hier müsse die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Schulämtern handeln. Als Beispiel benennt er den Wechselunterricht an Schulen, um die Schülerzahlen zu minimieren.

Herr Dr. Pech merkt an, dass es bereits ein Förderprogramm der Landesregierung gebe, welches bisher nicht in Anspruch genommen worden sei. Das Land hätte also die Voraussetzungen geschaffen. Dass finanzielle Mittel in Anspruch genommen werden müssten, stelle er außer Frage, aber die Gesundheit der Kinder sehe er wichtiger.

Herr Buhrke verweist auf das Infektionsschutzgesetz, hier könne man die Bestimmungen für Schüler bzw. Schülerinnen, im Gegensatz zu anderen Nutzern des ÖPNV, nachlesen. Die BOS (Busgesellschaft) hätte im Bildungsausschuss vorgetragen, dass die Linien ausgelastet seien und man für ausreichend Kapazitäten Sorge zu tragen hätte. Das ginge jedoch nur langfristig (Bsp.: Neubeschaffung von Fahrzeugen). Diese Aufgabe bestehe fortwährend, da sich die Zahlen durch Zuzüge, Schulwechsel usw. stets ändern würden. Um eine Lösung anzustreben, müsse eine Ausschreibung erfolgen und ein Anbieter gefunden werden. Hier bestehe das Problem, da oftmals Personal und Fahrzeuge in den verschiedenen Busunternehmen/ Busgesellschaften fehlten. Die zum damaligen Zeitpunkt erhobenen Daten stellten sich inzwischen anders, da in den Schulen wieder Präsenzpflcht bestünde.

Herr Dr. Stiller bittet darum, grundsätzlich das Problem anzugehen, welches sich durch die Pandemie verstärkt habe.

Herr Aulich spricht sich für die Erstellung eines Konzeptes aus, da das Problem bereits bestanden habe und ein Ende der Pandemie nicht absehbar sei. Ob Schulneubau oder Zuzüge, er halte eine langfristige Planung für sinnvoll.

Herr Lindemann führt aus, dass die Präsenzpflcht in den Schulen aufgehoben worden sei. Es sei nicht sinnvoll, eine Vielzahl von Bussen zu beschaffen, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgelastet werden würden. Auf dieser Grundlage könne keine Ausschreibung vorgenommen werden, sie wäre im Hinblick auf den Finanzhaushalt verantwortungslos. Es müsse ein umfassendes Konzept erstellt werden.

Frau Siebke erklärt, dass das Thema im Bildungsausschuss sehr ausgiebig besprochen wurde und zum Beginn des nächsten Schuljahres Lösungsansätze vorgelegt werden sollten. Sofern Beschlüsse gefasst werden würden, müssten diese umsetzbar sein.

Herr Wende befürworte den Antrag, da er eigene negative Erfahrungen gesammelt habe, die Situation unerträglich sei und eine Lösung herbeigeführt werden müsse.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, kurzfristig – spätestens jedoch bis zum Unterrichtsbeginn im Januar 2022 – die Schülerbeförderung durch den Einsatz zusätzlicher Busse so zu entlasten, dass auf dem Weg zur/von der Schule in den Bussen die angemessenen Hygienebedingungen eingehalten werden können.

Dieser Beschluss soll so lange gelten, wie an den Schulen pandemiebedingte Maßnahmen ergriffen werden müssen bzw. spezielle Hygienekonzepte gelten.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 16 Nein 23 Enthaltung 9

Zu TOP 16 Beratung und Beschlussfassung: Neuwahl eines Regionalrates für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree auf Antrag der Fraktion CDU, Vorlage: 22/CDU/2021

Herr Dr. Berger bittet zu beachten, dass unter TOP 16 und 17 Neuwahlen stattfinden müssten. Diese könnten offen durchgeführt werden, wenn es einstimmig beschlossen werden würde. Bei einer Gegenstimme müsste geheim per Briefwahl gewählt werden, sich die Wahlkommission im Landkreis zur öffentlichen Auszählung zusammenfinden und die Ergebnisse in der nächsten Kreistagssitzung mitgeteilt werden. Alles unter der Voraussetzung der Beschlussfassung der neuen Geschäftsordnung unter TOP 42.

Es erfolgt die Abstimmung über die erläuterte Verfahrensweise zu TOP 16 und 17. Im Ergebnis zeigen sich **eine Gegenstimme sowie eine Enthaltung** (*Ja 40 Nein 1 Enthaltung 1*). Somit werden beide Tagesordnungspunkte an das Ende der Sitzung verschoben.

ohne Abstimmung zum Beschluss in der Hauptsache

Zu TOP 17 Beratung und Beschlussfassung: Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Oder-Spree auf Vorschlag des Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V., Vorlage: 070/2021

Bezugnahme auf TOP 16; weitere Behandlung des TOP am Ende der Sitzung.

ohne Abstimmung

Zu TOP 18 Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2020, Vorlage: 051/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss im hoheitlichen Betrieb in Höhe von 59.117,03 € in die Gewinnrücklage des hoheitlichen

Bereiches einzustellen und den Jahresverlust im Betrieb gewerblicher Art in Höhe von 149.990,02 € aus der Gewinnrücklage des Betriebes gewerblicher Art zu entnehmen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 39 Nein 2 Enthaltung 6

**Zu TOP 19 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung für das Wirtschaftsjahr 2020
Vorlage: 052/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2020 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 41 Nein 2 Enthaltung 3

Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung (AGS), Vorlage: 053/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 08.12.2021 (Anlage 1).

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 36 Nein 4 Enthaltung 6

**Zu TOP 21 Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung (BGS)
Vorlage: 054/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung – vom 08.12.2021 (Anlage 1).

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 37 Nein 5 Enthaltung 5

Zu TOP 22 Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Benutzung der Fahrbibliothek, Vorlage: 056/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die anliegende „Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Benutzung der Fahrbibliothek“.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 42 Nein 3 Enthaltung 2

Zu TOP 23 Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2022, Vorlage: 062/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die anliegende Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2022 (siehe Anlage 1).

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 40 Nein 2 Enthaltung 3

Zu TOP 24 Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung Kapitaleinlage in der Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH, Vorlage: 063/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Erhöhung der Kapitaleinlage der Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH in Höhe von 500.000,00 € zu. Er beauftragt die Verwaltung als alleinige Gesellschafterin, den entsprechenden Kapitalerhöhungsbeschluss in der Gesellschafterversammlung zu fassen und die Kapitalerhöhung vorzunehmen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 44 Nein 1 Enthaltung 3

Zu TOP 25 Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII – Änderung, Vorlage: 045/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die geänderte „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die

Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII“ vom 01.01.2021 mit Wirkung ab 01.01.2022.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 42 Nein 2 Enthaltung 5

**Zu TOP 26 Beratung und Beschlussfassung: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zahlung eines Schulkostenbeitrages für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft
Vorlage: 050/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zahlung eines Schulkostenbeitrages (siehe Anlagen) mit den kreisangehörigen Schulträgern für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen abzuschließen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 46 Nein 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 27 Beratung und Beschlussfassung: Gemeinsamer Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreises Oder-Spree und in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) - Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) um weitere 10 Jahre,
Vorlage: 058/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, der Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder) vom Dezember 2011 (in Kraft seit 1. April 2012) ohne grundlegende Änderung für weitere 10 Jahre zuzustimmen. Die erforderlichen Änderungen sind redaktioneller Art, die sich aus der Verlängerung ergeben (Anlage 2).

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 41 Nein 2 Enthaltung 3

Zu TOP 28 Beratung und Beschlussfassung: Zwischenbericht zum Sachstand Ansiedlung Tesla, Vorlage: 057/2021

Herr Dr. Zeschmann bringt seinen Unmut über die Arbeitsweise und den Informationsfluss seitens der Landesregierung zum Ausdruck. Er befürchte, dass der Antrag nichts bewirke.

Herr Heisel spricht das Problem der Wasserversorgung an, was im Bericht zu kurz komme. Die vorliegenden Fakten zu diesem Besorgnis erregenden Thema könnten niemanden zufriedenstellen.

Herr Dr. Pech bittet zu bedenken, dass die Bürger unter den Entscheidungen anderer Ebenen zu leiden hätten und der Kreistag in Rahmenbedingungen gezwungen werde, in die nur bedingt eingegriffen werden könne. Er betrachte die Positionierung als sehr wichtig, Forderungen müssten gestellt werden. Die zu kurzen Debatten zur Wasserversorgung bedürften der Betrachtungsweise der Gesamtsituation und es verlange eine überregionale Verantwortlichkeit.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag nimmt den Zwischenbericht zum Sachstand zur Kenntnis.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, weiterhin gemeinsam mit den Gemeinden an den anstehenden Fragenstellungen zu arbeiten (siehe Zusammenfassung im Bericht). Dies betrifft insbesondere die Wahrnehmung seiner koordinierenden und ausgleichenden Funktion sowie:
 - a. die Umsetzung der geförderten Projekte aus der Planungsförderrichtlinie
 - i. „Integrierte Entwicklung von Wohnungsbau und sozialer Bildungsinfrastruktur im Umfeld der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)“
 - ii. „Förderung der Fahrradmobilität und Verbesserung der Infrastrukturqualität im niederrangigen Straßennetz im Umfeld der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide“ (Mark)“,
 - b. die Etablierung einer attraktiven, klimafreundlichen und grünen Wohnsiedlung (Gartenstadt) im Tesla-Umfeld zur Verkehrsvermeidung,
 - c. Umsetzung des entwickelten Radwegekonzeptes im Tesla-Umfeld sowie seine kontinuierliche Erweiterung,
 - d. Umsetzung und Fortführung des Regionalmanagements Oderland-Spree zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten,
 - e. Umsetzung und Fortführung des Regionalmanagements zur Etablierung einer Regionalmarke Oderland-Spree,
 - f. Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Handlungskonzept „Schaffung und Sicherung insbesondere von bezahlbarem, altersgerechtem, alternativen und an den ÖPNV angebundenen Wohnraum im ländlichen Raum unter Sicherung des Klima- und Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit“.
3. Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, die Lösung der Probleme der Infrastruktur (insbesondere Verkehr und Finanzierung der sozialen Infrastruktur), welche in der Zuständigkeit des Landes liegen, weiterhin vom Land Brandenburg einzufordern.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 41 Nein 4 Enthaltung 4

Zu TOP 29 Beratung und Beschlussfassung: Kauf eines Grundstücks in Eisenhüttenstadt für die Erweiterung der Seniorenheime des LOS gGmbH mit der Maßgabe, das Grundstück zur Erbbaupacht an die gGmbH weiterzugeben und einen entsprechenden Erbbaurechtsvertrag abzuschließen, Vorlage: 066/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Kauf eines Grundstücks in Eisenhüttenstadt für Erweiterung der Seniorenheime des LOS gGmbH zum Bodenrichtwert 496 T€ mit der Maßgabe, das Grundstück zur Erbbaupacht an die gGmbH weiterzugeben. Die Verwaltung wird beauftragt, den Grundstückskauf vorzubereiten und umzusetzen. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, einen Erbbaurechtsvertrag mit der Seniorenheime LOS gGmbH abzuschließen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 45 Nein 1 Enthaltung 3

Zu TOP 30 Beratung und Beschlussfassung: Benennung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, Vorlage: 060/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag benennt Frau Ivonne Haase als hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte unbefristet und in Vollzeit.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 43 Nein 3 Enthaltung 4

Zu TOP 31 Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2021, Vorlage: 059/2021

Herr Dr. Zeschmann moniert, dass Mitarbeiter unbefristet eingestellt werden sollen und bittet um Befristung bis zum Ende der Krisenzeit. Er sieht eine zusätzliche Belastung für den Kreishaushalt und eine Entscheidung entgegen des Stellenplanes.

Herr Buhrke antwortet, dass hier nicht der Stellenplan herangezogen worden sei und auch nicht eine Aufstockung der Verwaltung erfolge. Es handele sich um Personalkosten, die durch z. B. Krankheiten oder Schwangerschaften entstehen und erstattet werden würden. Vorgesehene Einspareffekte hätten nicht zu Buche geschlagen. Eine weitere befristete Einstellung von Kräften sei im Rahmen der ASP erfolgt und orientierten sich am Arbeitsrecht, eine unbegrenzte Befristung dürfe entsprechend nicht vorgenommen werden.

Durch altersbedingtes Ausscheiden einer Zahl von Mitarbeitern mussten Stellen nachbesetzt werden, jedoch im Rahmen des Stellenplanes. Hier hätten überbrückend bis zur Nachbesetzung andere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Erhöhung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2021 um 2,64 Millionen Euro.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 42 Nein 3 Enthaltung 4

Zu TOP 32 Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage: 067/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2018.
2. Der Kreistag bewilligt folgende außerplanmäßige Aufwendung
 - für die pauschale Einzelwertberichtigung in Produkt „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ in Höhe von 3.691.863,37 €

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 41 Nein 2 Enthaltung 6

Zu TOP 33 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage: 068/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder-Spree Rolf Lindemann für das Haushaltsjahr 2018 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

+Ja 37 Nein 3 Enthaltung 9

Zu TOP 34 Beratung und Beschlussfassung: 1. Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV (Beschluss Kreistag vom 02.12.2015, Vorlage 048/2015), Vorlage: 069/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 2. Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV (siehe Anlage) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 45 Nein 3 Enthaltung 1

**Zu TOP 35 Beratung und Beschlussfassung: Mitgliedschaft des Landkreises
Oder-Spree im "Freundeskreis der Günter-de-Bruyn-Stiftung e.V."
Vorlage: 055/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Mitgliedschaft des Landkreises Oder-Spree im „Freundeskreis der Günter-de-Bruyn-Stiftung e.V.“

Die Mitgliedschaftsrechte werden durch den Landrat/die Landrätin wahrgenommen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 42 Nein 1 Enthaltung 7

**Zu TOP 36 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Errichtung von
60 Wohnungen für Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin
Vorlage: 033/2021**

Herr Beier merkt an, dass er die Ausgaben lieber in der Schülerbeförderung gesehen hätte. Auch sei er der Auffassung, dass wegen der Inflation eine Neuberechnung erfolgen müsse, da z. B. Bau- und Materialpreise ständig steigen würden.

Herr Aulich spricht sich gegen den Beschluss aus, da unter anderem in Eisenhüttenstadt und Neuzelle Wohnungen leer stünden. Diese Wohnungen sollten saniert werden und für die allgemeine Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Pech bezieht sich auf bisher getroffene Entscheidungen, vorliegend handele es sich hier um einen Folgebeschluss. Aufgrund der neuen Situation stünde das Thema wieder auf der Tagesordnung. Er wünsche sich künftig eine konstruktivere Zusammenarbeit mit der Gemeinde, da derzeit der Landkreis und die Gemeinde Schöneiche nebeneinander, jeder für sich, bauen würden. Den Beschluss sehe er notwendig, um nach mehrjähriger Verzögerung ein Startsignal zu geben und die Kosten nicht für andere Projekte zu verplanen.

Herr Gehm informiert, dass die Kostenermittlung nach einer festgeschriebenen DIN erfolgt sei. Er kündigt eine Konkretisierung der Kosten an, sobald der Vergabeausschuss das Ergebnis der Ausschreibung für die Bauleistung vorgelegt bekomme.

Herr Papendieck berichtet, dass neben anderen Projekten nicht ausreichend Wohnungen zur Verfügung stünden und er sehe hier einen Beitrag zur Integration. Zusätzlich würden andere Kommunen im Landkreis durch den Bau dieser Wohnungen entlastet werden.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und baulichen Realisierung von 60 Wohnungen für Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 27 Nein 20 Enthaltung 3

**Zu TOP 37 Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung der Eilentscheidung zur überplanmäßigen Bereitstellung von 380.000,00 € zur weiteren Finanzierung des deutsch-polnischen Projekts „Entwicklung wichtiger Straßenver-bindungen im grenzüberschreitenden Straßennetz auf dem Gebiet des Landkreises und des Krosnoer Landkreises für die Straßenbaumaßnahme K 6747, Abschnitt 040, OD Alt Stahnsdorf
Vorlage: 065/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung (Anlage) gemäß § 58 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 42 Nein 5 Enthaltung 3

Zu TOP 38 Beratung und Beschlussfassung: Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen Fachberatungsdienstes zur Migrationssozialarbeit gemäß Landesaufnahmegesetz Brandenburg, Vorlage: 046/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder) über die Errichtung eines gemeinsamen Fachberatungsdienstes zur Migrationssozialarbeit gemäß Landesaufnahmegesetz Brandenburg zum 31.12.2021.

Der Landrat wird beauftragt, die diesbezügliche Aufhebungsvereinbarung abzuschließen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 36 Nein 6 Enthaltung 8

Zu TOP 39 Beratung und Beschlussfassung: Satzung über die Erhebung von Nutzungsgebühren für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 044/2021

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die „Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Nutzungsgebühren für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree (Nutzungsgebührensatzung)“.

Mehrheitlich zugestimmt (Ja 40 Nein 3 Enthaltung 8)

Zu TOP 40 Beratung und Beschlussfassung: Beschluss zur Fortsetzung des gemeinsamen Breitbandausbaus mit den Kommunen im Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 064/2021

Herr Dr. Mühlberg bittet um Auskunft über die bisher durchgeführten Maßnahmen, da die Telekom bereits im Vorfeld eine Ausschreibung gewonnen hätte.

In Beantwortung teilt Frau Teltewskaja mit, dass das laufende Förderprogramm die sogenannten weißen Flecke betreffe, was einen Vorläufer darstelle. Darauf aufbauend würde die Beschlussvorlage die grauen Flecke betreffen. Die Abwicklung des Projektes gehe voran, bis Ende des Jahres würden von Seiten der Telekom 50 % der Leistungen fertiggestellt und planmäßig bis Ende nächsten Jahres die jetzt bewilligten Leistungen erbracht worden werden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag strebt die Fortführung des Breitbandausbaus gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen an. Bei Umsetzung wird der Landkreis wie gehabt die Koordinierung übernehmen. Als Entscheidungsgrundlage ist ein gefördertes Markterkundungsverfahren durchzuführen. Darauf aufbauend und unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Förderbedingungen, sind dem Kreistag Vorschläge für den Ausbau eines gigabitfähigen Telekommunikationsnetzes im Landkreis Oder-Spree zu unterbreiten.

einstimmig zugestimmt

Ja 44 Nein 0 Enthaltung 2

Zu TOP 41 Beratung und Beschlussfassung: Ergänzungen der Geschäftsordnung des Kreistages, Vorlage: 23/BVB/Freie Wähler/2021

Herr Dr. Berger informiert die Anwesenden über den Werdegang der Erarbeitung der nun vorliegenden Beschlussvorlage zum TOP 42 unter Beteiligung der Mitglieder des Geschäftsordnungs- und Petitionsausschusses (GSO) unter Einbeziehung der Fraktionsvorsitzenden. Man hätte über sämtliche Änderungen bzw. auch ohne Änderung diskutiert und mehrheitlich beschlossen.

Er bittet Herrn Dr. Zeschmann, den nunmehr vorliegenden Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zu erläutern. Dieser bittet darum, die Tagesordnungspunkte 41 und 42 zusammen zu behandeln, denn es seien nach der oben bezeichneten Beratung vier Punkte als Vorschlag zur Diskussion im Kreistag aufgenommen worden. Es bleibe auch nach der Prüfung durch das Rechtsamt strittig, dass man über das, was in der Kommunalverfassung geregelt sei, nicht hinausgehen dürfe. Insoweit vermisse er den Absatz 4 in § 1 des Entwurfes der Geschäftsordnung (GO). Er vertrete – im Namen seiner Fraktion – die Auffassung, dass Regelungen, die weitergingen, aufgenommen werden könnten und beantrage, Absatz 4 in § 1 aufzunehmen:

(4) Ein Kreistag ist unter Einhaltung der Ladungsfristen unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten oder eine Fraktion oder der Hauptverwaltungsbeamte unter Angabe des Beratungsgegenstandes die Einberufung verlangen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass jeder zur Diskussion gestellte Paragraph mit entsprechender Änderung einzeln abzustimmen sei, und zwar § 1 Abs. 4, § 4 Abs. 4, § 7 Abs. 2 und § 12 Abs. 1, da hierzu Stellungnahmen des Rechtsamtes/der Kommunalaufsicht und Vorschläge aus der Diskussion vorlägen.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass in der erweiterten Beratung des GSO die mehrheitliche Zustimmung vorgelegen hätte. Weiterhin erläutert er die im Antrag enthaltenen Details; die einzelnen Punkte sollten einzeln abgestimmt werden. Punkt 4 würde er zurückziehen, wenn der Vorschlag der Redezeit von fünf Minuten aufgenommen werden würde.

Herr Schroeder bringt zum Ausdruck, dass er bezüglich des Antrages der Fraktion BVB/Freie Wähler anderer Rechtauffassung sei. So hätte er bereits darauf hingewiesen, dass eine Übertragung der Kreistagssitzung per Live-Stream erhebliche Risiken der Beschlussfähigkeit mit sich bringe, wenn die Übertragung z. B. ausfalle. Er bittet um Beachtung der damit verbundenen Kostenstruktur mit sich bringe.

Ebenso sehe er eine gewisse Ambivalenz der Demokratie im Zusammenhang der Berichterstattung des Landrates und der geforderten Diskussion darüber, denn eine sachgerechte Information über die Ergebnisse der Arbeit der Verwaltung stelle einen Sachstandsbericht und kein politisches Instrument dar. Bezüglich der Fragestunde verweist er auf die bereits bestehende Möglichkeit hin, schriftlich formulierte Fragen im Vorfeld einzureichen. Die Frage zur Redezeit erübrige sich, da diese auf Antrag zur Geschäftsordnung in der jetzigen Form ausgedehnt werden könne. Generaldebatten in einem Organ der kommunalen Selbstverwaltung würden zu viel Zeit für die restliche Arbeit der Abgeordneten in Anspruch nehmen, daher lehne er diese ab. Stattdessen sollten zielgerichtete Anträge gestellt werden, um Prozesse auf den Weg zu bringen.

Herr Papendieck bezieht sich auf die umfangreichen Diskussionen über die eingereichten Änderungsanträge im GSO. Er verstehe nicht, warum bereits besprochene und zum Teil abgelehnte Anträge erneut eingereicht wurden. In Bezug auf die geforderte Änderung der Redezeit bzw. die Aussprache zum Geschäftsbericht vertrete er die Auffassung, dass die Kreistagssitzungen ineffektiv in die Länge gezogen werden würden. In den Ausschusssitzungen bestünde hierfür ausreichend Möglichkeit.

Frau Scheufele stellt in Frage, warum z. B. der Mobilitätsbeirat unter anderem aus Gründen des zusätzlichen Zeitaufwandes für die Arbeit abgelehnt worden sei, jedoch mit dem Antrag ein wesentlich höherer Aufwand für ein anderes Gremium gefordert werde.

Bezüglich des Livestreams könne sie sich eine größere Teilhabe der Öffentlichkeit vorstellen und informiert über die probeweise Durchführung in der SV Erkner. Sie warne jedoch vor unpersönlichen oder politischen Selbstdarstellungen.

Frau B. Lehmann spricht sich wegen der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Liveübertragung aus und berichtet ebenso über Erfahrungen ihrer Zuschaltung bei Sitzungen der SV Erkner. Sie denke, es wäre der richtige Weg, die Verwaltung zur Suche nach Möglichkeiten der Einführung zu beauftragen.

Herr Dr. Mühlberg schließt sich bezüglich des Livestreams der Auffassung von Herrn Dr. Zeschmann an, die digitale Übertragung sollte zur Normalität gehören.

Der Landrat, Herr Lindemann, sieht in der Liveübertragung ein Für und Wider und nimmt Bezug auf die von Herrn Schroeder angesprochenen Probleme. Es sei nicht hinreichend geklärt, dass rechtssicher übertragen werden könne. Er berichtet, dass sich der Landkreistag bereits mit dem Thema befasst und dagegen ausgesprochen habe, da negative Erfahrungen existierten. Populisten und Selbstdarsteller hätten ihre Bühne, Vorgänge würden in die Länge gezogen und das ohne produktiven Mehrwert.

Den Sinn des Punktes zwei des Antrages könne er nicht nachvollziehen, einerseits sollte der Bericht des Landrates politisch neutral gehalten werden, andererseits wünsche der Kreistag als politisches Gremium Kritik zu üben. Der Landrat sei ein kommunaler Wahlbeamter, zudem auch vollwertiges Mitglied des Kreistages. Insofern könne man ihn nicht politisch mundtot machen. Und das gleich gar nicht durch eine Geschäftsordnung des Kreistages. Hier seien immerhin Grundrechte betroffen. Der Landrat habe lediglich in Ausübung seiner Amtspflichten nach außen parteipolitische Neutralität zu wahren. Die Grenzen ziehe hier das Beamtenrecht. Eine Veranlassung für die beabsichtigte Regelung sehe er im Übrigen nicht.

Herr Dr. Stiller moniert die neue Version des Entwurfes der Geschäftsordnung und bezieht sich dabei auf die „Lesefassung“, nicht jedoch auf die zur Diskussion stehende Synopse. Er befürworte die Liveübertragung; der Auffassung des Landkreistages müsse nicht immer mehrheitlich zugestimmt werden. Die vorgebrachten Argumente sollten diskutiert werden. Der weitere Redebeitrag ist als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Zeschmann geht auf den Antrag ein und nimmt die Änderung zum ersten Punkt wie folgt vor: „Die Sitzungen des öffentlichen Teils des Kreistages sollen *grundsätzlich* per Livestream übertragen.“ Er sehe die Notwendigkeit, um Transparenz und Miterlebbarkeit von Demokratie für die Bürger zu erhöhen. Weiterhin ziehe er die Formulierung zurück, dass sachgerecht berichtet werden muss. Der Punkt zwei des Antrages würde somit lauten: „Nach dem Geschäftsbericht des Landrates hat jede Fraktion das Recht, auf den Bericht zu antworten bzw. dazu Stellung zu beziehen. Dafür stehen jeder Fraktion fünf Minuten Redezeit zur Verfügung“. Somit wäre jede Form von Irritation beseitigt.

Punkt 5 – Generaldebatte – kann gestrichen werden.

Herr Noack stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Es sollte abgestimmt werden.

Herr Hamacher ergänzt als letzter Redner die Worte von Herrn Dr. Zeschmann, dass er den Livestream der Kreistagssitzungen für erforderlich halte, um den Bürgern die Arbeit der Abgeordneten näher zu bringen, denn viele hätten nicht die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag 23/BVB/Freie Wähler/2021:

1. „Die Sitzungen des öffentlichen Teils des Kreistages sollen grundsätzlich per Livestream übertragen werden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 24, Nein: 21, Enthaltung: 3,

mehrheitlich zugestimmt;

2. (Erster Anstrich wird gestrichen.) Nach dem Bericht des Landrates hat jede Fraktion das Recht, auf den Bericht zu antworten bzw. Stellung zu beziehen. Dafür stehen jeder Fraktion fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 18, Nein: 28, Enthaltungen: 3

mehrheitlich abgelehnt;

3. § 4 – wird um einen Absatz 5 ergänzt.

Abstimmungsergebnis: Ja: 18, Nein: 21, Enthaltung: 8

mehrheitlich abgelehnt.

Punkte 4 und 5 wurden zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. **Der § 2 „Teilnahme an Sitzungen“ wird um einen Absatz 5 ergänzt:**
„Die Sitzungen des öffentlichen Teils des Kreistages werden per Livestream übertragen.“
2. **Der § 4 „Tagesordnung“ wird um einen Absatz 4 ergänzt:**
„Der Geschäftsbericht des Landrates muss sachgerecht sein, auf die aktuellen Probleme und Erfordernisse des Landkreises Oder-Spree eingehen und ist politisch neutral zu gestalten.
Darauf folgend hat jede Fraktion das Recht auf den Bericht zu antworten bzw. dazu Stellung zu beziehen. Dafür stehen jeder Fraktion 5 Min. Redezeit zur Verfügung.“
3. **Der § 4 „Tagesordnung“ wird um einen Absatz 5 ergänzt:**
„Jede Tagesordnung enthält einen Top „Fragestunde“ unter dem die Kreistagsabgeordneten dem Landrat, den Beigeordneten und den Dezernenten Fragen stellen können. Dabei kann jeder Abgeordnete nur eine Frage und ggf. noch ein Nachfrage zur Beantwortung stellen. Diese „Fragestunde“ darf nicht länger als eine Stunde andauern.“
4. **Der Absatz 1 des § 12 „Begrenzung der Redezeit“ wird folgend geändert:**
„Die Redezeit im Kreistag beträgt für alle Teilnehmer/Redner 5 Min. pro Tagesordnungspunkt. Ausnahmen für einzelne Redner sind möglich, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.“
5. **Es wird ein neuer § 10 „Generaldebatte“ eingefügt:**
„Eine Generaldebatte kann von einem Zehntel der Anzahl der Abgeordneten des Kreistages oder einer Fraktion beantragt werden und ist sodann vom Vorsitzenden auf die Tagesordnung zu setzen. Ansonsten findet die Generaldebatte mindestens einmal im Jahr statt. Hier hat jede Fraktion 20 Minuten Redezeit, die verschiedene Redner aufgeteilt werden kann.“

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 18 Nein 28 Enthaltung 3

Zu TOP 42 Beratung und Beschlussfassung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree, Vorlage: 049/2021

Herr Rutert verliert die Stellungnahme des Rechtsamtes/Kommunalaufsicht zu § 1 Abs. 4, und begründet, warum dieser Punkt nicht aufgenommen wurde.

Herr Dr. Zeschmann widerlegt die Rechtsauffassung.

Herr Dr. Pech bittet zu beachten, dass das Begehren zustande kam, weil kurz vor der Sommerpause von der Fraktion CDU eine Sondersitzung beantragt worden sei. Daraufhin sei beraten worden und dem Antrag stattgegeben. Nunmehr sei Stand der Dinge, dass eine Sitzung jederzeit durch die/den Ausschussvorsitzende/n ohne Problem einberufen werden könne. Hier gäbe es keinen formalen Änderungsgrund.

Herr Fachtan weist auf das dispositive Recht des Kreistages hin und inwieweit der Kreistag an die Kommunalverfassung gebunden sei. Rechtlich könne der Vorschlag der Fraktion BVB/Freie Wähler beschlossen werden, jedoch stelle sich die Frage, ob es sinnvoll und praktikabel sei. Die Sitzungsreihenfolge laut Plan wäre ausreichend und zusätzliche Sitzungen wären nicht erforderlich.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung,

1. ob Absatz 4 zu § 1 nicht aufgenommen werden soll:

Abstimmungsergebnis: Ja: 32, Nein: 9, Enthaltung: 4

mehrheitlich zugestimmt;

2. Soll § 4 Abs. 4 – Redebedarf zum Geschäftsbericht - aufgenommen werden?:

Abstimmungsergebnis: Ja: 19, Nein: 26, Enthaltung: 1

mehrheitlich abgelehnt;

3. Soll § 7 Abs. 2 - ein Vorsitzender/eine Vorsitzende bzw. Stellvertreter- beibehalten werden?:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30, Nein: 12, Enthaltung: 6

mehrheitlich zugestimmt;

4. Bleibt § 12 Abs. 1 – Redezeit – in der bisherigen Form bestehen?

Abstimmungsergebnis: Ja: 29, Nein: 11, Enthaltung: 6

mehrheitlich zugestimmt.

Herr Dr. Berger fragt nach weiteren strittigen Paragraphen; es werden keine Wortmeldungen abgegeben. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die Geschäftsordnung mit den zuvor beschlossenen Änderungen:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oder-Spree beschließt die anliegende Neufassung seiner Geschäftsordnung.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 30 Nein 7 Enthaltung 9

Zu TOP 43 Veränderungen in den Ausschüssen

Die Fraktion AfD beantragt, die sachkundige Einwohnerin im Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration, Frau Anika Hooge, abzuberufen.

Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 38 Nein 3 Enthaltung 6

Im Anschluss werden TOP 16 und 17 erneut aufgerufen und über die Durchführung der Briefwahl informiert. Die Zähl- und Wahlkommission, bestehend aus Herrn Wuttke, Herrn Woweries, Frau Lehmann, Herrn Gliese und Herrn Heisel, wird um Vereinbarung eines Termins zur Auszählung der Wahlunterlagen gebeten.

Alle Anwesenden werden gebeten, bis zum **6. Jan. 2022** die Wahlunterlagen im Kreistagsbüro einzureichen.

Nach kurzer Absprache wird der

**Termin für die öffentliche Auszählung durch die Wahlkommission für den
17.01.2022, 18:00 Uhr, Raum 126,**

festgelegt.

Herr Dr. Berger beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer
Protokollantin